



Termin nach § 5 FlurbG

Unternehmensflurbereinigung A 39 – Knesebeck-Hagen

04.12.2018 - 17:00 Uhr
Hotel Nöhre, Wittingen



Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig



Tagesordnung:

1. Begrüßung und Vorstellung
2. Allgemeine Information
3. Verfahrensgebiet und Verfahrensabgrenzung
4. Ziele des Verfahrens und Verfahrensablauf
5. Kosten und finanzielle Abwicklung
6. Rechtsbehelfe
7. Fragen



Mitarbeiter des Amtes für regionale Landesentwicklung:

- | | |
|----------------|-----------------------|
| Detlef Bruns | - Projektleiter |
| Udo Müller | - Planung |
| Annett Schultz | - Technik |
| Angela Rzeppa | - Rechte und Finanzen |



Ladung:

Öffentliche Bekanntmachung in den beteiligten Gemeinden

- **Stadt Wittingen** ab **13.11.2018**
- **Samtgemeinde Aue** ab **16.11.2018**
- **Samtgemeinde Brome** ab **16.11.2018**
- **Samtgemeinde Hankensbüttel** ab **12.11.2018**
- **Samtgemeinde Wesendorf** ab **12.11.2018**
- **Gemeinde Dähre** ab **07.11.2018**
- **Gemeinde Jübar** ab **07.11.2018**
- **Flecken Diesdorf** ab **07.11.2018**

gemäß Satzungen durch Aushang.

2 | Allgemeine Information

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, verfolgt das Ziel, mit dem Planfeststellungsbeschluss die Genehmigung für den Neubau der A 39 zu erhalten.

A. Straßenbauverwaltung

Das hierzu erforderliche Planfeststellungsverfahren wurde am 23.04.2018 durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eingeleitet.

B. Flurbereinigungsverwaltung

Auf Antrag der Enteignungsbehörde vom 08.06.2018 soll ein **Unternehmensflurbereinigungsverfahren nach §§ 87 ff. des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG)** eingeleitet werden.



Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig





Planfeststellungsbeschluss A 39:

- Mit dem Planfeststellungsbeschluss wird das Vorhaben genehmigt.
- Hierbei werden alle von dem Bauvorhaben betroffenen öffentlichen und privaten Belange gegeneinander abgewogen und widerstrebende Interessen ausgeglichen, ohne dass es weiterer öffentlicher Verfahren oder Zustimmungen anderer Behörden bedarf.
- Der Planfeststellungsbeschluss erteilt insoweit alle ansonsten erforderlichen Genehmigungen und bündelt sie in einer Entscheidung (sog. Konzentrationswirkung).



Auswirkungen auf Grundstückseigentümer:

- Landverluste Einzelner
(Flächenbedarf für die Trasse und die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)
- Dauernde Wirtschafterschwernisse
(z.B. Durch- und Anschneideschäden, unwirtschaftliche Formen)
- Zerschneidung des Wege- und Gewässernetzes
(z.B. Umwege, Flächeninanspruchnahme für Ersatzanlagen)
- Allgemeine Landverknappung



Auswirkungen für das Unternehmen:

- Lagerrichtiger Grundstückserwerb erforderlich
- Evtl. langwierige Enteignungsverfahren
- Bereitstellung von Ersatzflächen für die Unternehmensanlagen nur bedingt möglich
- Eingeschränkte private Tauschmöglichkeiten
- Wirtschafterschwernisse müssen in Geld entschädigt werden



Vorverfahren:

- Bildung eines **Arbeitskreises**
- **Erörterung** der vorliegenden Planungen
- Abgabe einer **Stellungnahme an die Straßenbauverwaltung**
- (am 11. Juli durch das ArL Braunschweig erfolgt)
- **Abfrage** von Verkaufswilligkeit **Ersatzland**



Frühe Zusammenarbeit vor der Planfeststellung:

Das ArL BS hat bereits im Vorfeld **gemeinsam** mit dem Unternehmensträger, der landwirtschaftlicher Berufsvertretung, den Gemeinden und den örtlichen Vertrauensleuten der Grundstückseigentümer festgestellt, dass die Durchführung einer Flurbereinigung zweckmäßig ist.

Durch die **frühzeitige Zusammenarbeit in Arbeitskreissitzungen** wurden die Maßnahmen des Unternehmensträgers mit denen der Flurbereinigung abgestimmt.

Soweit noch erforderlich, können Anpassungen durch die **den Wege- und Gewässerplanes (§ 41 FlurbG) im Rahmen der Flurbereinigung** erfolgen.



Zustimmung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (oberste Flurbereinigungsbehörde) zur Einleitung der Unternehmensflurbereinigung A 39 – Kneesebeck-Hagen (Flurbereinigungsprogramm 2018).

Das Amt für regionale Landesentwicklung (Flurbereinigungsbehörde) klärt - unter Mitwirkung des Unternehmensträgers - die voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer in einem

Termin nach § 5 Abs. 1 FlurbG

über das geplante Flurbereinigungsverfahren auf und erläutert die

- **Abgrenzung des Verfahrensgebietes**
- **Ziele und Ablauf des Verfahrens**
- **finanzielle Abwicklung**
- **Rechtsbehelfe**



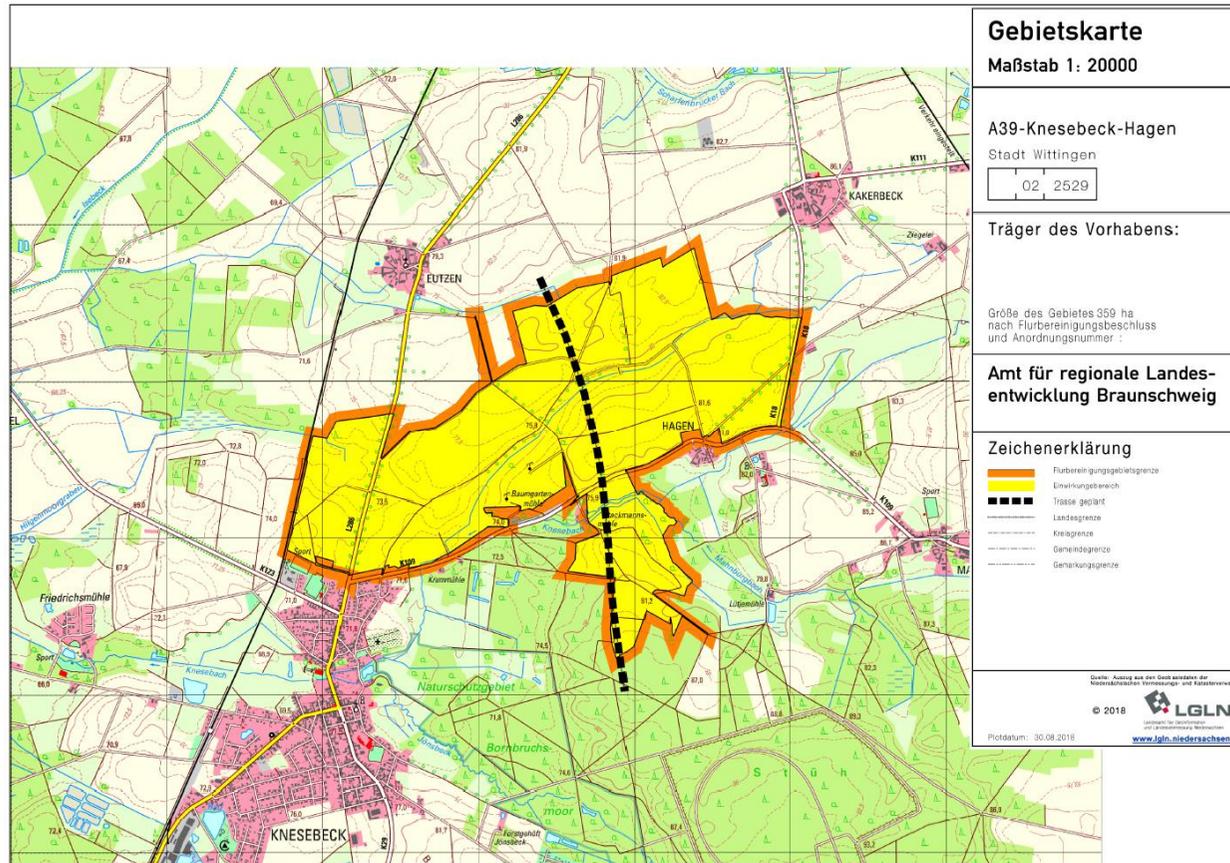
Termin nach § 5 FlurbG:

- **Aufklärung** der voraussichtlich beteiligten Eigentümer über das Verfahren, insbesondere des besonderen Zwecks und zu erwartenden Kosten
- **Anhörung** der landwirtschaftliche Berufsvertretung (Landwirtschaftskammer) über maximale Höhe des möglichen Landabzugs und Anhörung der Gemeinde sowie anderer Organisationen und Behörden
- **Unterrichtung** der Träger öffentlicher Belange, die selbst über eigene Planungen im Flurbereinigungsgebiet zu informieren haben

3 | Abgrenzung des Verfahrensgebietes



Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig



3 | Abgrenzung des Verfahrensgebietes



Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig

- Das geplante Verfahrensgebiet umfasst den zukünftigen Trassenbereich der neuen A 39 ab der Feldlage „Eutzener Heide“ bis zum Bereich „Stackmanns-Mühle“ sowie die geplanten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Nahbereich der Trasse.
- Das Verfahrensgebiet liegt hauptsächlich in den Gemarkungen Hagen bei Knesebeck, Knesebeck und Kakerbeck.
- Der Flächenbedarf des Unternehmensträgers beträgt in diesem Bereich nach Grunderwerbsverzeichnis rund 18 ha vorwiegend landwirtschaftlicher Ackerfläche.
- Aufgrund der Verteilung des Landverlustes bei einem Abzug von höchstens 5 % ergibt sich eine Verfahrensfläche von rund 359 ha.



§ 87 Abs. 1 FlurbG:

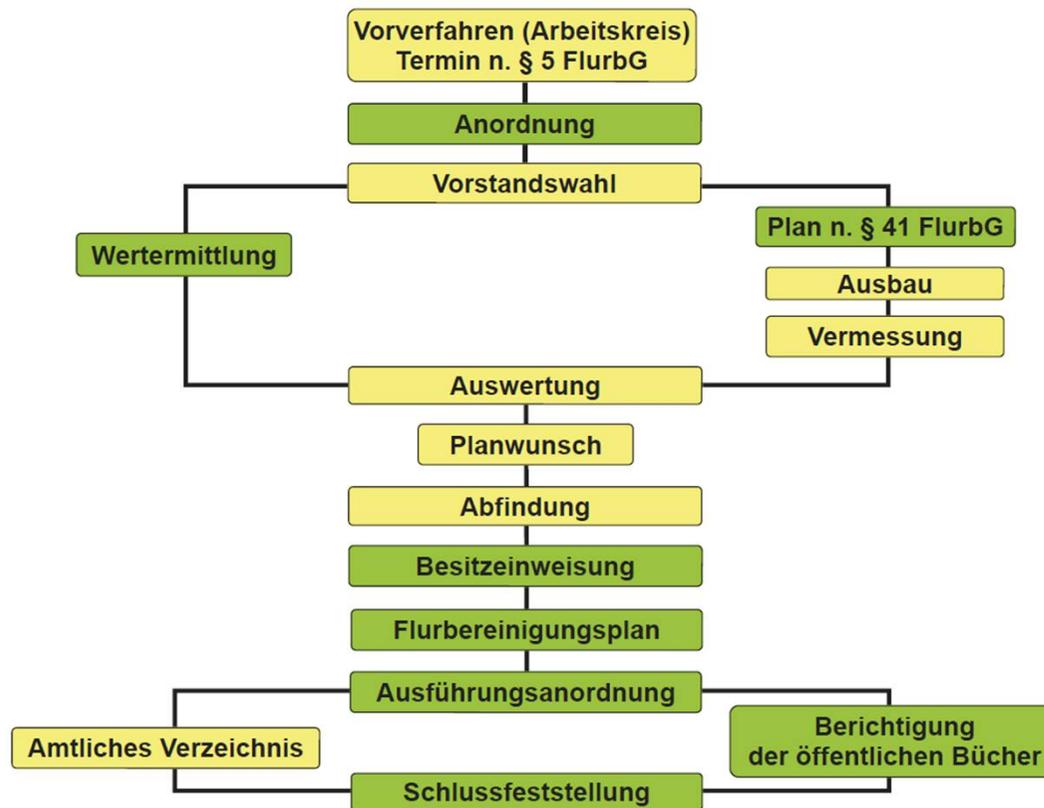
Bei Inanspruchnahme von ländlichen Grundstücken in großem Umfang aufgrund einer zulässigen Enteignung aus besonderem Anlass (**Neubau der A 39**) und dem Antrag der Enteignungsbehörde (**vom 08.06.2018**):

- Verteilung des Landverlustes auf einen größeren Kreis von Eigentümern,
- Vermeidung von Nachteilen für die allgemeine Landeskultur, die durch das Unternehmen entstehen,
- Regelung des Ausmaßes der Verteilung des Landverlustes im Einvernehmen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung.

4 | Ziele und Ablauf des Verfahrens



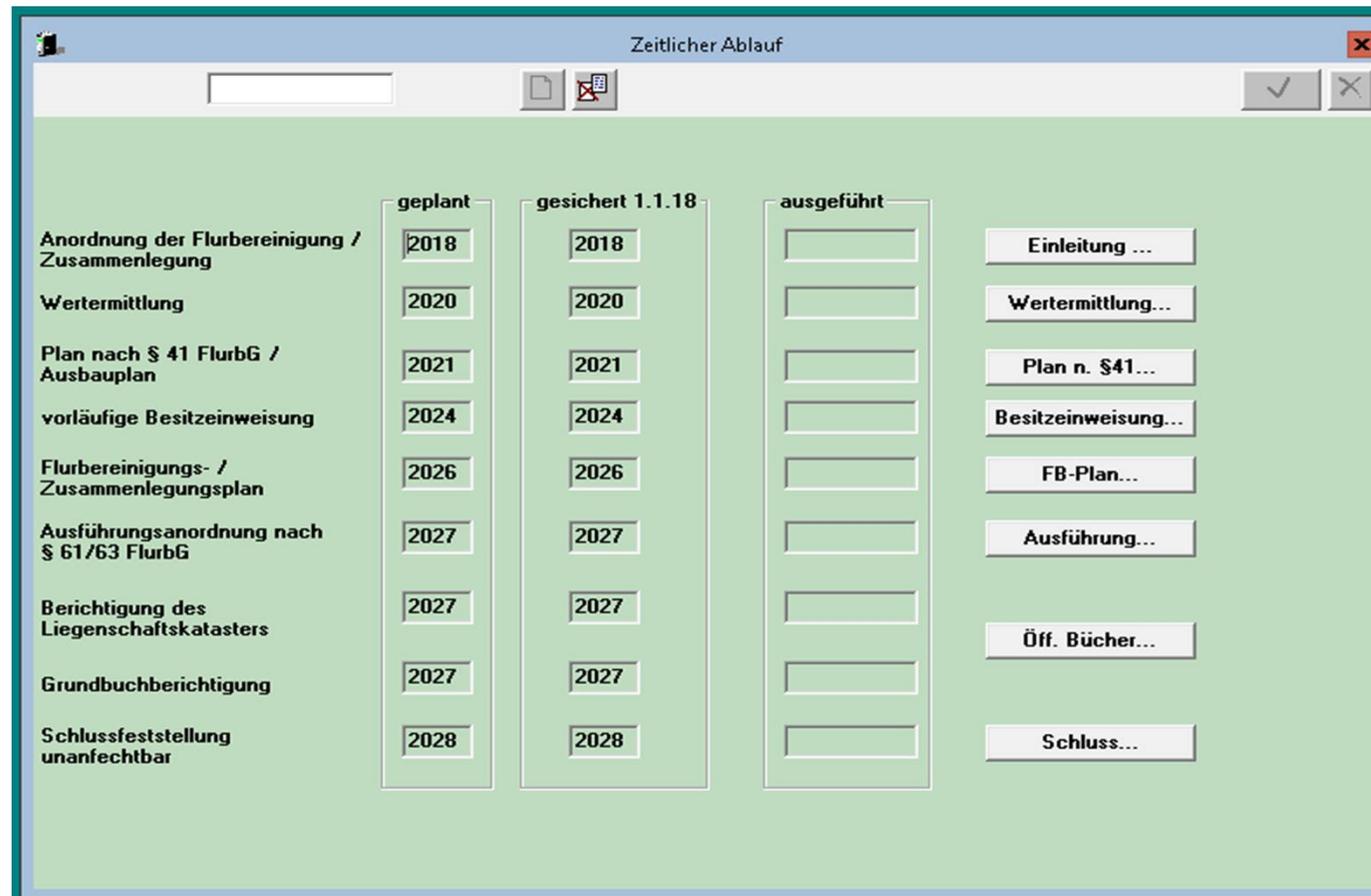
Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig



4 | Ziele und Ablauf des Verfahrens



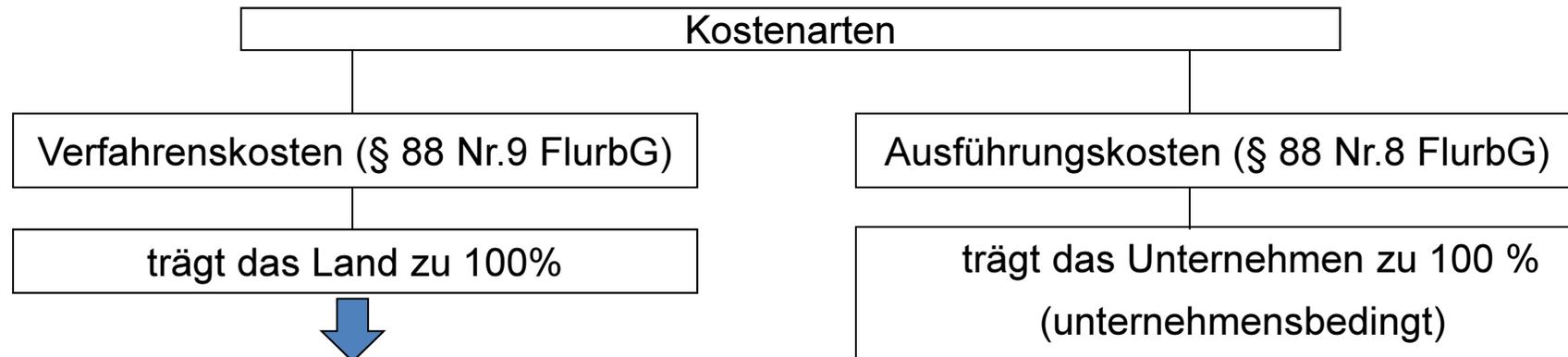
Amt für regionale Landesentwicklung
Braunschweig





Finanzierung:

- Flurbereinigungsgebiet = **Einwirkungsbereich** des Unternehmensträgers
- Alle **Maßnahmen und Kosten** gehen zu **Lasten des Unternehmensträgers**
(BRD, Bundesstraßenverwaltung) und des Landes Niedersachsen
- Kosten: Verfahrenskosten
Ausführungskosten



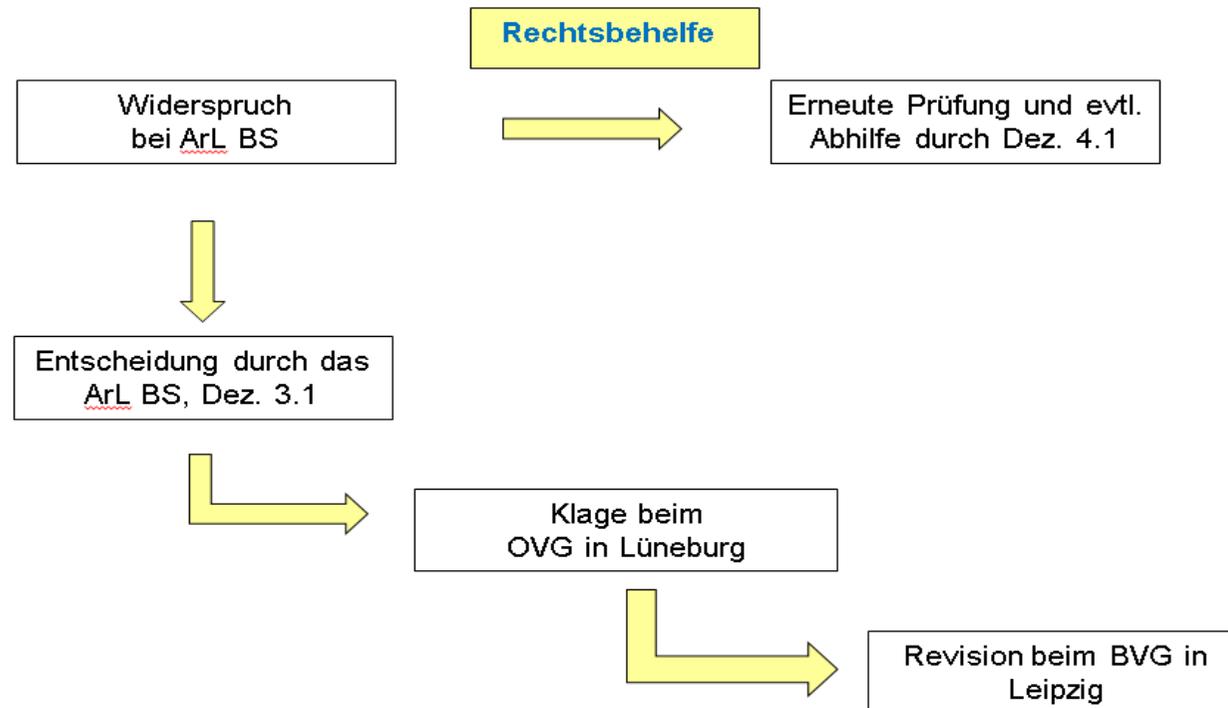
Kosten für die Tätigkeit der Flurbereinigungsbehörde:

- Vorbereitung der Flurbereinigung
- Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes
- Vermessungen
- Aufstellung Flurbereinigungsplan
- Berichtigung der öffentlichen Bücher
- Kosten für Sachverständige (z.B. Wertermittlung)

Der Unternehmensträger zahlt hierfür eine Verfahrenskostenpauschale an das Land.



Rechtsbehelfe:





Im Flurbereinigungsverfahren werden verschiedene **Verwaltungsakte** erlassen.

Diese können von Beteiligten durch Widerspruch angefochten werden.

Die Verwaltungsakte sind immer mit einer **Rechtsbehelfsbelehrung** versehen.

Beispiel:

„Gegen diesen Verwaltungsakt kann **innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** beim **Amt für regionale Landesentwicklung** Braunschweig, Bohlweg 38, 38100 Braunschweig, einzulegen.“



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Fragen?

Detlef Bruns 0531 484 - 2071

Udo Müller 0531 484 - 2109

Annett Schultz 0531 484 - 2128

Angela Rzeppa 0531 484 - 2082

Vorname.Name@arl-bs.niedersachsen.de

Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig

Bohlweg 38, 38100 Braunschweig

Dienstgebäude: Wilhelmstraße 3

38100 Braunschweig